

Warum initiieren Bürgerinitiativen so ein Projekt ?

Vor einigen Wochen ging die Benennung des Standortes Gorleben am 22. Februar 1977 landes- und bundesweit durch die Medien und nächsten Samstag feiert die dortige Bürgerinitiative ihren 40. Gründungstag. Das sind gefühlt 40 Jahre kontinuierlicher und zumindest ja in Teilen auch erfolgreicher Widerstand und hat viel mit noch zu beeinflussenden Entscheidungen zu tun.

An einem Standort wie Grohnde ist man nicht so leicht verleitet von Kontinuität zu sprechen. Es gibt zwar viele Menschen, die sich über all die Jahre kritisch engagiert haben, aber es gibt keine einzelne Gruppe oder Organisation, die jahrzehntelange Kontinuität repräsentiert oder darstellt. Und zumindest was Reaktor und Zwischenlager angeht, fiel es ja auch schwer, von Erfolg zu reden. Anzumerken ist, dass dies völlig unabhängig vom Verlauf der örtlichen Auseinandersetzung für alle Standorte gilt, an denen Reaktoren durchgesetzt wurden.

Das macht es aber zugleich einfacher zu erkennen, dass die Phase der staatlich mit allen Mitteln forcierten Durchsetzung der Atomenergie auf der einen Seite und des heftigsten Protestes dagegen auf der anderen, historisch lange abgeschlossen ist und einer tatsächlich **historischen** Betrachtung bedarf. Diese Phase endet zwischen 1989 und 91. Mit der Aufgabe der Wiederaufarbeitung, des Schnellen Brütters und des Hochtemperaturreaktors hatte das Atomprogramm sowohl die praktische Perspektive als auch die Visionen verloren. Unmittelbar danach startet der Niedersächsische Ministerpräsident Schröder seine erste Initiative für einen Ausstiegs-Konsens und es folgen 20 Jahre zähen Ringens, bis 2011 nach Fukushima der Ausstieg letztendlich beschlossen wird. Als Triebfeder bleibt in dieser Phase nur noch der Kampf der Strom-Konzerne um den Bestand ihres in laufenden Atomanlagen investierten Kapitals einerseits und die Abwehr einer „billigen“ Entsorgung andererseits. Auch diese Phase kann bereits als historisch abgeschlossen gelten.

Ich will 3 Gründe nennen, warum eine **historischen** Betrachtung der Phase von staatlicher Euphorie und gesellschaftlichem Widerstand nötig, v.a. aber auch **jetzt** nötig ist:

1. Es erscheint uns sinnvoll sich heute und gemeinsam über die Umstände der Heftigkeit und Erbittertheit jener Jahre Gedanken zu machen, solange noch eine große Anzahl von Zeitzeugen leben. „Zeitzeugen“ sind sicherlich nicht das nonplusultra der Geschichtswissenschaft, aber doch eine wichtige Quelle. Als Bürgerinitiative ist uns dabei allerdings auch wichtig, dass Zeitzeugen nicht nur auszulesende Quellen sind, sondern dass sie auch die Autonomie haben müssen, zur Bewertung **beizutragen**.

2. Ein **hier** vielleicht nicht so stark beachteter, für die Zukunft aber bedeutender Aspekt: Bis in die 70er Jahre war der Staat Hauptakteur der Atomenergie, nicht die Industrie. Eine ganz ähnliche Konstellation werden wir zukünftig haben, wenn es vielleicht um die Auswahl eines Standortes für ein „End“lager, jedenfalls aber den Umgang mit dem Atommüll geht.

3. Die Auseinandersetzungen jener Jahre – und ich spreche hier von den vielen hundert harten Konflikten von den frühen 60er Jahren bis tief in die 80er Jahre - hat in der alten BRD wesentlich zur Ausformung dessen geführt, was wir heute ganz selbstverständlich Zivilgesellschaft nennen. Dass die alte BRD 1989/90 nicht so erstarrt und verknöchert dastand wie die DDR, dürfte nicht zuletzt mit dieser Phase der Erneuerung, dem Ringen um eine neue Ausbalancierung der innergesellschaftlichen Kräfte, zusammenhängen. Ab Mitte der 70er Jahre wurde die Anti-AKW-Bewegung zu einem Flaggschiff dieser Auseinandersetzung. Aus ihr erwachsen basale Erfahrungen und Bilder, auf die sich andere Bewegungen bis heute beziehen und es gibt starke Korrelationen mit Entwicklungen in vielen ganz anderen Bereichen, etwa der ökologischen Forschung, der Erneuerbaren Energien, der zivilgesellschaftliche Repräsentanz durch Verbände oder der Beteiligungs-Branche. Umso erstaunlicher ist die Abstinenz der Geschichtswissenschaften gegenüber diesem Thema. Ein Grund hierfür dürfte staatlich Forschungssteuerung sein. Seit den 70er Jahren hat die Politik viel Geld dafür ausgegeben, sich im Umgang mit der Anti-AKW-Bewegung sozialwissenschaftlich beraten zu lassen. Damit war dieses Themenfeld besetzt. Zum anderen gibt es reichlich Fördermittel für die Erforschung des Unrechtes in der DDR, nicht aber vergleichsweise Mittel für die Erforschung der innergesellschaftlichen Konflikte in der alten BRD und des staatlichen Handelns hier.

Umso dankbarer sind wir Bernhard Gelderblom, der sich auf die Herkulesaufgabe eingelassen hat, in nur wenigen Monaten große Mengen an Material, das ihm reichlich zur Verfügung gestellt wurde, zu sichten und daraus einen Blick auf die damaligen Ereignisse zu eröffnen. Dies kann nach Art und Umfang der zu leistenden Aufgaben nur ein erster, kein abschließender Blick sein und wir meinen, dass die Diskussion damit erst beginnt.

Lieber Bernhard, wir würden uns freuen, wenn Deine Arbeit nicht nur eine Ehrenrettung für die historische Zunft bliebe, sondern möglichst viele Historiker anregen würde, sich dem Thema zuzuwenden und das Bild mit eigenen Arbeiten zu komplettieren.

Vielen Dank.